



ZEITUNG

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Wandsche - erscheint werktäglich, mittags. - Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien 2,70, in Poln.-Oberschl. monatl. 3,20, im Vorort zahlbar 2,70. Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 2,70 Zl. - Briefe freibleibend. - Betriebsförderungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Zl. - Briefe freibleibend. - Betriebsförderungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Zl. und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einfache mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einfache mm-Zeile 0,125 GM, im Reklameteil 0,50 GM. - Amalitische, Firmenzeichen und Heilmittelangebote im Industriebezirk 0,20 GM, amalitische Anzeigen auswärtig 0,30 GM. - In Polnisch-Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bzw. 0,40 Zl. - Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. Beilagengebühr 4,- GM %. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Auffordern oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Neue Entscheidung über Oberschlesien?

W. Berlin, 26. März. (Eig. Ber.) Die Londoner Rede Lloyd Georges gegen Polen und für Oberschlesien ist das Ereignis der Zeit alles zurückdrängt. Heute früh liegt der ausführliche Text der Rede vor. Danach hat Lloyd George mit aller Entschiedenheit die Revision der Entscheidung über Oberschlesien gefordert. Kein englischer Minister hat ihm widergesprochen. Das Reichskabinett wird sich noch mit der Rede Lloyd Georges amtlich befassen.

Schmutzige Waffen

Der Dementiertrieb zur Präsidentenwahl.

○ Berlin, 26. März. Das deutsche Volk soll zum ersten Mal einen Präsidenten wählen; und aller Anfang ist schwer. Es fehlt uns die Erfahrung, uns fehlt der Mut. Ist es angängig, einen Mann, der für jeden die Freiheit nach außen präsentieren soll, vor dem Wahltag Schmutz zu bewerfen? Der Deutschen antwortet unbedenklich: ja. Aber die anderen bestehen nicht die Sache des Angeklagten, Stephans alter Gedanke und alte Kriegsreden aufzuheben und hinterher schnell zu legen. Deshalb entsprach unsern Empfindungen die Erwähnung des Dr. Tardes: lasst uns den Wahlkampf schmutzig führen! Doch wie kann man das, wenn der Gegner schmutzige Waffen gebraucht? Die schmutzige Wut wegen der eigenen Verantwortung und der Fehlheit des Reichskabinetts entpuppt sich in Schimpftreden und in Bügeln. Noch nie im Wahlkampf die Demokratie erzeugt so viele Schmutzwaffen gewesen wie diesmal. Zugleich drei neue Behauptungen auf, täglich sechsmal. Das Schlimme — oder Gute, wie man will — ist nur, daß die Gegner miteinander verbreiten. Der eine Teil der Presse bringt die eine Hälfte des Materials und der andere Teil die andere Hälfte. So wird das Volk in mehrere Gruppen zerissen, die einander nicht mehr verstehen. Und das ist das Grausame an der Sache.

Wir halten nach den bisherigen Erfahrungen die Wahlzüge bei der Präsidentenwahl für sich. Zeit und Kraft und Geld werden unnötig verschwendet. Würde gleich im ersten Wahlgang der Kandidaten siegen, der die meisten Stimmen hat, dann wäre die Besteigung sicher, sich sofort über Sammelabstimmungen zu einigen, sofern sie überhaupt an einer Entscheidung teilnehmen wollen. Dieses Stimmen „ins Unreine“ für ausländische Wähler und Spülwählende ist ein großer Unsug und des Zuges, in Staatsoberhaupt zu tunen, nicht würdig. Man wird auch sehr schwer zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang die Wähler auf neue Kandidaten umstellen können. Deshalb ist es sehr verständlich, daß der Reichskanzler erklärt, unter allen Umständen an Dr. Tardes festzuhalten und zu neuem zu dieser Kandidatur zu rufen, und daß der Nationalerbund Deutsche Offiziere „jedem Sammelkandidaten aus rechtsliegenden Kreisen im westäländischen Sinne schäbig“ nennen. Wenn trotzdem General-Lüderdorf mit Bauten und Trompeten durchfallen will, so bestätigt er nur, daß er absolut ein Politiker ist. Eine Stichfrage war es auch, ob die Kandidaturen selbst in vielen öffentlichen Verhandlungen sprechen sollten. Die Herren Braun und Marx haben ganz oder fast ganz darauf verzichtet, was aber doch auf die Einsicht zurückzuführen ist, daß sie für die endgültige Wahl doch nicht in Betracht kommen. Die Parteiblätter schreiben zehnmal so viel gegen Tardes als für ihre eigenen Kandidaten. In dem Schlußkampf um die „Verteidigungspolitik“ ist Dr. Tardes aus dem Angriff in die Verteidigung getragen worden, denn selbst Zentrums- und Demokratieführer treten bereits für die Unantastbarkeit

Corriere della Sera schreibt: Oberschlesien ist wieder in den Mittelpunkt der europäischen Geschichte gerückt. Die Teilung Oberschlesiens wurde auch von Italien nicht verstanden. Die Redaktion hat Polen gehabt. Die internationale Diskussion über Oberschlesien ist wieder eröffnet.

Entscheidung in Paris

○ Genf, 25. März. (Eig. Ber.) Die Pariser Abendpost ist entfest über Lloyd Georges' Erklärung, daß Oberschlesien Schlesien neu aufzuteilen und daß Oberschlesien entsprechend der Gesamtbestimmung Deutschland zugesprochen werden müsse. Lemps, Martin und Journal nennen die Rede Lloyd Georges übereinkommend eine Unvereinbarkeit Oberschlesiens betonte.

○ Rotterdam, 26. März. (Eig. Ber.) Die Londoner Reuter-Agentur meldet, daß der polnische Gesandte gestern nachmittag im Auswärtigen Amt erschienen ist. Chamberlain habe zur Londonschen Rede keine Erklärung geben können, da es sich um eine ministerielle Zusicherung gehandelt habe. Die Westminster-Gazette schreibt: Der Schritt des polnischen Gesandten beweise die wirkliche Wirkung der Londonschen Anschuldigungen in Warschau. Lloyd George habe für einen Erkannt gesprochen, als er die Unvereinbarkeit Oberschlesiens betonte.

Polens Sicherheit garantiert

○ Rotterdam, 26. 3. (Privatteil.) Die Times melden: Der deutsche Botschafter überbrachte am Dienstag dem Außenministerium ergänzende Erklärungen der deutschen Regierung. Die Times betonen, daß diese neue Anregung den Willen der deutschen Regierung beweise, dem hauptsächlichsten französischen Einwande gegen einen Garantievertrag (die Sicherheit Polens) Rechnung zu tragen.

○ Genf, 25. März. Das Völkerbundesstatthalterat hat dem Generalagenten für Reparationszahlungen in Deutschland, Parler Gilbert, mitgeteilt, daß der Völkerbundstat in seiner nächsten Zusammenkunft sich mit der Frage des Transfers im Falle eines Grenzfalls der deutschen Versicherungen in Oberschlesien beschäftigen wird. Von polnischer Seite liegt eine Beschwerde vor, daß Deutschland die erste Rate von sechs Millionen Goldmark in Ausführung

des Artikels 312 des Versailler Friedensvertrages am 1. Februar 1925 nicht gezahlt habe. Da Deutschland und Polen sich nicht einzigen konnten, hatte ein Schiedsgericht mit Polen diesen Termin festgelegt. Der Beschuß des Schiedsgerichtes wurde vom Rat im Dezember 1924 bestätigt. Der Rat wird nunmehr erneut in dieser Angelegenheit im Juni Stellung zu nehmen haben.

Plötzliche Wendung in der Völkerbundsfrage

○ Paris, 26. März. Die Berliner französischen Korrespondenten verbreiten hier Meldungen, nach denen die Reichsregierung endgültig von dem Gedanken an einen verbehaltlosen Eintritt in den Völkerbund abgesehen sei. Duthier soll dieser Tage während einer Unterredung wörtlich gesagt haben: Deutschland wird auf keinen Fall dem Völkerbund beitreten, solange die Frage der Nämung Königsberg zu seinen Gunsten gelöst ist. Deutschland steht auf dem Standpunkt, daß es, wenn es diese Bedingungen stellt, nur die Erfüllung seiner aus dem Vertrag herrührenden Recht fordert.

Neuregelung der Beamtengehälter?

○ Berlin, 26. März. (Eig. Ber.) Im Reichskanzleramt beginnen am kommenden Mittwoch die Besprechungen mit den Beamtenorganisationen über die Neuregelung der Gehaltsfragen.

Die Aufwertungsanträge

○ Berlin, 26. März. Es verlautet, daß das Kabinett heute vormittag beschlossen habe, die beiden Gesetzentwürfe über die Aufwertung am Freitag der Deutschen Reichsbank zu übergeben. Es handelt sich um den im Reichskanzleramt ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Aufwertung von Hypotheken.

Zusammentreffen des Staatsrates

○ Berlin, 25. März. Der preußische Staatsrat tritt am 31. März, nachmittags 5 Uhr zu seiner Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen keine Vorlagen.

Aufträge für Deutschland

○ Paris, 26. März. Die Reparationskommission hat ihre Genehmigung zur Erteilung eines Auftrages auf 3.300 Eisenbahnwaggons an zwölf deutsche Firmen erteilt, die an die Pariser Mittelmeerbahn auf Reparationskontrolle gestellt werden sollen. Die Lieferung von 1.800 Waggons ist den Gödelwerken in Reutlingen und von 1.500 Waggons der Bahnbetriebs-Unternehmens-Gesellschaft Darmstadt übertragen worden.

Wer soll ausrüsten?

○ Berlin, 26. März. (Eig. Ber.) Die Londoner Times meldet aus Washington: Im Senatsausschuss hat Senator Borah den Antrag eingebracht, daß Amerika diejenigen Staaten zur Armeestärke entsprechend den Völkerkriegstaaten heraufsetzt; aber auch alle diejenigen Staaten sollen eingeschlossen sein, die ihre Kriegsrüstungen über die allgemeine norm hinaus aufgestockt haben. Dem Londoner Blatt aufzufallen sind hierbei in erster Linie Polen und Rumänien zu beachten.

Ein Vorstoß Lloyd Georges

○ London, 25. März.

B. B. meldet: Im Anschluß an die Rede Chamberlains ergreifen noch die Oppositionsführer Lloyd Georges für die Liberalen und Macdonald für die Arbeiterspartei das Wort. Beide versprachen, Chamberlain ihre Unterstützung, wobei Lloyd Georges es besonders lobhaft begrüßte, daß die englische Regierung sich für die deutschen Vorschläge eingestellt habe. Die beiden gefährlichsten Sorte zulässiger Konflikte liegen an der Ostsee und am Bosporus. Polen sei die Hauptfährliche Gefahr des europäischen Friedens, da von seinen 18 Millionen Einwohnern nicht weniger als 9 Millionen nur durch Waffengewalt im polnischen Staatsgebiet festgehalten würden. Die Entscheidung über Oberschlesien habe dieses Maßnahmen in Deutschland erzeugt, das zur neuen Entscheidung und die Schaffung einer wichtigen unparteiischen Instanz versteuert werden könnte.

Ebbe der Weltrevolution

○ Berlin, 25. März.

Mit einem gewissen Schluß der Überlegenheit, wie es sich aus gesichertem Abstand ergibt, lesen wir heute die täglich sich wiederholenden Enttäuschungen über die revolutionäre Tätigkeit unserer als politische Partei sich gebildeten Weltrevolutionäre. Wir lernen aus dem Leipziger Prozeß bis ins kleinste die Technik der Kämpferarbeit kennen und empfinden sie heute, wie die Allgemeinverständlichkeit sich vollständig geändert habe, eben nur als Technik, die zwar großartig und grausam anmutet, hinter der aber heute nicht mehr der dumpfe gähnende Wille drohender Massenstrafen verbirgt. Die Aussagen des Untersuchungsrichters in Leipzig geben uns den unüberleglichen Eindruck und die erstelei Verhügung, daß auf Grund der Untersuchungsergebnisse der ganze Kommunisten-Apparat gründlich amtlicherweise abgebaut worden ist, und daß in der nächsten Zukunft unsere Sozialistern nicht so schnell wieder zu ihren beliebten „politischen“ Methoden zurückkehren können.

Die große Ebbe der kommunistischen Idee ist eine internationale Erscheinung. Die verschiedenen Hochfluten des Bolschewismus, die sich von Warschauer Binden hochgepeitscht, durch die Welt wälzen, sind wieder verlaufen. Deutschland bietet infolge der allgemeinen Verhügung der Verhältnisse kein Betätigungsfeld mehr für den Latendrang der Herrschaft in Russland. Der propagandistisch geschickte ausgenützte Andrang der europäischen Nachteile zu den Moskauer Konzessionsverteilungstellen hat aufgehört, seitdem Herr Macdonald, die große Hoffnung der russischen Revolutionäre, vor seinem Volk eine Kunde über die Absehung erhalten hat und seitdem Englands neue Regierung sehr wenig Wert auf die Ankündigung der Freundschaftsbeziehungen mit den Propagandisten der Weltrevolution legt. So hat sich denn das außenpolitische Interesse Russlands wieder nach dem Osten verschoben. Alles wendet sich wieder den USA zu und hat dort unverkennbare Erfolge errungen.

Interessant und äußerst bezeichnend für den Grad der Stufe Moskaus dem Westen gegenüber ist die Tatsache, daß kein geringerer als Herr Simonow - Apfelbaum, der einst so große Hoffnungen auf die Entwicklung der Weltrevolution gesetzt hat, jetzt in dem amtlichen Organ, der „Pravda“, den oben erwähnten eine Glorie einsetzt. Er schreibt unter anderem, man sehe eine ebbende revolutionäre Welle, Mangel an Frauen, Neubürokraten auf die Seite des Feindes. Was Deutschland betrifft, so habe es dort jetzt überhaupt keine wirkliche revolutionäre Situation. Wenn man die deutschen Rommelfanten auf die Russisch-Sowjetische Front stelle, so kann man auf die Russische Front hinweisen, die deuteten sie schamlos auf das große gewaltige Russland hin. Nun gibt Russland selbst den Kampf, wenn auch nur verlustig, verloren. Diese Entwicklung darf aber nicht in eine trügerische Sicherheit einfließen. Auf jede Ebbe folgt bekanntlich einmal wieder eine Flut. Nur eine alle Lebensgebiete umfassende Sicherung der europäischen Verhältnisse, eine wirkliche Liquidierung des Krieges, bietet die Möglichkeit zur Errichtung von Schutzbüchsen, die ein allemal den Ansturm der russischen Völker ausgeschlossen machen.

Bei schweren Lohnkämpfen

○ Berlin, 26. März. Der Verband der Berliner Industriellen hat auch die neuen Lohnfordernisse der Arbeiterschaft wegen Untragbarkeit und allgemeinen Rückgangs der Aufträge abgelehnt. Man rechnet allgemein mit großen und schweren Lohnkämpfen zu Beginn des neuen Monats.

Barmat & Co.

Auffälligerweise neue Verhaftungen. ○ Berlin, 26. März. (Eig. Ber.) Der Barmat-Kunstler-Skandal hat zu drei neuen szenischen Verhaftungen geführt. Ein Graf-Spieler, ein Berliner Kaufmann und ein bekannter Berliner Rechtsanwalt sind gestern auf Grund richtlicher Haftbefehle festgenommen und nach dem Untersuchungsaufnahmestraße Moabit gebracht worden. Kunstler ist inzwischen erneut zum Offenbarungsabend am Montag vorgeladen worden. Barmat steht Schicksal bevor. Die Barmat-Treuhänderschaft kann auch am 1. April Zahlungen leisten.

○ Berlin, 26. März. (Eig. Ber.) Der frühere Reichspostminister Goede hat ein Schrift mit Haftentlassung gefestigt. Der Antrag wurde gestern von der Eröffnungskammer des Landgerichts abgelehnt, da keine Entlastung der vorgetragenen Verhältnisse durch die geführte Untersuchung eingetreten sei.